

Seminar Medienrecht

„Digitale Plattformen im Visier der Regulierung III“

Ausgehend von den geltenden Bestimmungen soll untersucht werden, welche Arten von digitalen Plattformen aktuell in welcher Form reguliert sind, und wie die Regulierung künftig gestaltet werden sollte, um den neuen Herausforderungen der digitalen Vielfaltsicherung und Zugangsgewährleistung gerecht zu werden und einen hinreichenden Schutz für Rechte-Inhaber zu gewährleisten. Muss die Regulierung auch Streaming-Angebote (z. B. Twitch, Bild-Daily) erfassen? Wie werden missbräuchliche Praktiken auf Buchungs- und Social-Media-Plattformen behandelt? Wie kann der Gesetzgeber die Vielfalt bei Plattformen angemessen regeln und einen chancengleichen Zugang für Inhalte-Anbieter bei Sprachassistenten sichern? Wie verhält sich die Plattformregulierung zur Netzneutralität und Zero-Rating? Welche Auswirkungen hat die Einführung von Upload-Filtern für Video-Sharing-Plattformen und die Meinungsfreiheit? All diesen Problemen soll im Rahmen des Seminars nachgegangen werden.

Folgende Themenstellungen können vergeben werden:

1. Inwieweit sind Plattformanbieter und Provider für Inhalte Dritter verantwortlich? Beschreiben Sie die Entwicklung der Rechtsprechung und Gesetzgebung.
2. Wann sind Live-Streaming-Angebote (z. B. Twitch, Bild Daily) als Rundfunk einzuordnen? Welche Konsequenzen hat diese Einordnung und wie ist dies verfassungsrechtlich zu beurteilen?
3. Dürfen Buchungsplattformen (HRS, Booking.com etc.) die Preissetzung von Hotels beschränken? Beschreiben Sie die Entwicklung der Rechtsprechung und Gesetzgebung.
4. Must-Carry = Must-Pay? Stellen Sie den Streit um die Einspeiseentgelte der Kabelnetzbetreiber und mögliche Lösungen dar. Dürfen Plattformanbieter ihre Konditionen nach der Zuschauerreichweite der Sender staffeln?
5. Können marktbeherrschende Social-Media Plattformen einzelnen Nutzern oder politischen Parteien den Zugang unter Verweis auf die in AGB geregelten Gemeinschaftsstandards verweigern? Dürfen solche Plattformen die Löschung von Inhalten strenger regeln als in „allgemeinen Gesetzen“ vorgesehen?
6. Welche Probleme wirft die Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie in deutsches Recht auf? Gefährden Upload-Filter für Video-Sharing-Plattformen die Meinungsfreiheit? Beschreiben Sie die Auseinandersetzung und ihre verfassungsrechtlichen Implikationen.
7. Inwiefern fallen Sprachassistenten wie Alexa unter die Plattformregulierung des Rundfunkstaatsvertrages? Wird sich hier nach der geplanten Novellierung etwas ändern? Wie kann die Chancengleichheit des Zugangs für Inhalte-Anbieter gesichert werden?
8. Inwiefern dürfen im EU-Ausland ansässige Streaming-Anbieter für die deutsche Filmabgabe nach dem FFG herangezogen werden, wenn Sie keine damit geförderten Filme anbieten? Beschreiben Sie die Unions- und verfassungsrechtlichen Probleme.
9. Unterliegt der Einsatz von Geo-Blocking durch pan-europäische Video-Streaming-Plattformen rechtlichen Beschränkungen? Können Inhalte-Anbieter Geo-Blocking vertraglich vorschreiben?
10. Welche aktuellen Fragen stellen sich im Zusammenhang mit der Netzneutralität? Welche Gefahren drohen für die Meinungsvielfalt? Unter welchen Umständen ist Zero-Rating problematisch?

Anmeldungen und allgemeine Anfragen bitte an: wagnerch@uni-potsdam.de

Für die konkrete Themenstellung erläuternde Hinweise stehe ich am Freitag, dem 25. Oktober 2019, 12:00 Uhr bis 14:00 Uhr, in meinem Büro der Kanzlei Morrison & Foerster LLP, Potsdamer Platz 1, 10785 Berlin zur Verfügung. Bitte bestätigen Sie Ihre Teilnahme an der Vorbereitungsbesprechung telefonisch mit meinem Büro unter 030 726 221 322.